



Medienkommentar, Interview

# Evo Morales „Die Völker der Welt sollen über den US-Imperialismus nachdenken“ (Interview)



**Noch bevor Evo Morales 2006 zum ersten "einheimischen" Präsident Boliviens gewählt wurde, geriet er ins Visier der US-Administration. In einem Interview mit RT Deutsch spannt der bolivianische Präsident die großen roten Fäden der Politik des "Imperiums USA" zu den Krisenherden der ganzen Welt bis hin zu Syrien und Venezuela. Kla.tv strahlt das vollständige Interview mit Evo Morales im Anschluss an diese Sendung aus.**

Im Jahr 2006 wurde Evo Morales als erster „Indígena“, sprich „Eingeborener“, Präsident Boliviens. Indigene Völker sind nach einer international geltenden Definition diejenigen Bevölkerungsgruppen, die Nachkommen der ursprünglichen Bevölkerung eines Landes sind, bevor dieses erobert, kolonisiert oder zu einem Staat gemacht wurde. In einem Interview, das der internationale Fernsehsender RT im April 2017 mit Morales führte, sagte er, dass indigene Völker der Kultur des Friedens und des Gemeinschaftslebens auf dem Lande angehören. Dort lebe man in Solidarität, in wechselseitiger Ergänzung und v.a. in Harmonie mit der Mutter Erde. Das seien ihre Lebensgrundsätze, so Morales. Diese Lebensform werde jedoch von imperialen Mächten, das meint Mächte, die eine weltweite Vorherrschaft beanspruchen, als kommunistisch angeprangert und bedroht. Schon immer ginge es diesen Herrschermächten darum, sich insbesondere der Naturressourcen in den Staaten mit indigener Bevölkerung zu bemächtigen. In der Vergangenheit sei es noch um die imperialistische Aufteilung der Welt unter den europäischen Kolonial- sprich Großmächten gegangen. Heute gehe es nun um das imperialistische Eindringen mit Militärstützpunkten und U-Booten, um die Naturressourcen der einheimischen Völker zu kontrollieren. Evo Morales lässt auch keine Zweifel offen, dass es sich dabei um das „Imperium USA“ mit seinem Anspruch auf die weltweite Vorherrschaft handelt. Als Imperium wird eine Großmacht bezeichnet, die ihren politischen, militärischen und wirtschaftlichen Macht- und Einflussbereich ständig auszudehnen bestrebt. Die Vereinigten Staaten hätten schon um die 70 oder 80 militärische Einmischungen oder Staatsstrieche vollzogen. „Die Völker der Welt sollten darüber nachdenken“, sagte Morales. Dieses Kräftemessen zwischen dem „Imperium USA“ und den Staaten, welche die Kontrolle und Selbstbestimmung über ihre Naturressourcen zurückgewinnen und behalten möchten, sieht Morales wie einen großen roten Faden in den Krisenherden Lateinamerikas und auf der ganzen Welt. In Lateinamerika finde diese Machtprobe zwischen den Ländern der „Bolivarianischen Allianz“ und der von der US-Führung geprägten „Organisation Amerikanischer Staaten“ (kurz OAS) statt. Die „Bolivarianische Allianz für Amerika“ (kurz ALBA) ist ein wirtschaftliches Bündnis von derzeit elf Staaten Lateinamerikas und der Karibik. Der Name „Bolivarianisch“ stammt vom südamerikanischen Unabhängigkeitskämpfer Simón Bolívar, der Anfang des 19. Jahrhunderts das Ziel verfolgte, ein gemeinsames Lateinamerika aufzubauen, das von Europa und den USA unabhängig ist. Auch die ALBA verfolgt das Ziel, durch wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den

Ländern von den USA und Europa unabhängiger zu werden.

So geriet Morales wiederholt seit den Präsidentschafts- und Kongresswahlen im Jahr 2002 ins Visier der US-Administration. Der damalige US-Botschafter in Bolivien, Manuel Rocha, warnte im Jahr 2002 die bolivianischen Wähler offen: „Wenn ihr Morales wählt, werden die USA ihre Entwicklungshilfe streichen und ihre Märkte für Bolivien schließen.“ Die Partei von Morales ließ damals ein Plakat in den bolivianischen Städten mit einem großen Foto von Morales zirkulieren mit den Großbuchstaben: „Bolivianer: Ihr entscheidet. Wer regiert? (US-Botschafter) Rocha oder die Stimme des Volkes.“ Das Plakat hatte einen großen Einfluss – es mussten Hunderttausende mehr als geplant gedruckt werden.

Ein Höhepunkt im Kräftemessen zwischen dem „Imperium USA“ und der Regierung Boliviens wurde im Jahr 2008 erreicht. Dazu sagte Morales wörtlich: „Wir sahen uns dann 2008 gezwungen, den US-Botschafter aus dem Land zu werfen. Ohne Angst vor dem Imperium erklärte ich Herrn (Philip) Goldberg (US-Botschafter seit 2006) zur „Persona non grata“ (sprich unerwünschten Person). Seitdem haben wir relative Ruhe im Land.“

Sehen Sie nun das gut 20-minütige Interview, das am 6. Mai 2017 auf RT Deutsch veröffentlicht wurde und in dem der bolivianische Präsident die großen roten Fäden der Weltpolitik bis hin zu Syrien und Venezuela anspricht.

„Was gerade in Venezuela passiert, ist ein Staatsstreich“

RT - Eva Golinger interviewt Evo Morales

RT: Willkommen zu der neuen Spezial Ausgabe von "Hinter den Nachrichten bei RT". Wir befinden uns im Hauptquartier der Vereinten Nationen in New York und haben die große Ehre mit dem Präsidenten des pluri-nationalen Staates Bolivien Evo Morales sprechen zu dürfen.

Herr Präsident. Vielen Dank, dass Sie mit uns sind!

E. Morales: Vielen Dank für die Einladung. Es ist für mich wie immer eine große Freude und ein vorzügliches Vergnügen mit Ihnen zu sprechen.

RT: Herr Präsident. Sie sind hier im UN-Hauptsitz, um den zehnten Jahrestag der Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker zu feiern.

Was hat diese Deklaration und die Anerkennung der Rechte der indigenen Völker in den letzten zehn Jahren bewirkt, wenn man andere Umstände mitberücksichtigt – wie zum Beispiel die Gefahr des globalen Klimawandels, die der amtierende Präsident der Vereinigten Staaten verneint?

Zweitens sind es die andauernde Kriege im Mittleren Osten, die sich allmählich auf die ganze Welt ausdehnen.

Und drittens die zunehmende Anti-Migrationspolitik, die sich auf die indigenen Völkern sehr negativ auswirkt.

E. Morales: Erstens, wir haben zwar vor zehn Jahren die Erklärung über die Rechte der indigenen Völker durchgesetzt. Das ist sehr wichtig, aber ihre Implementierung bleibt noch aus. Bolivien ist der erste und ich glaube auch der einzige Staat, der ein entsprechendes nationales Gesetz ratifiziert hat und zwar die Erklärung über die Rechte der indigenen Völker.

Zweitens, die Beteiligung der indigenen Bewegung an der Politik. Deswegen sagte ich in meiner Rede, dass wir unsere Verpflichtungen im Rahmen der Kampagne anlässlich des 500. Jahrestages des Widerstandes der indigenen Völker gegen die Macht erfüllt hatten, und wir hatten das Dank der Einigkeit der sozialen Bewegungen und Dank der Beteiligung unserer Fachkräfte und Patrioten errungen, die sich für das Volk einsetzen.

Ich rufe alle Staaten mit indigener Bevölkerung auf, diese Erklärung anzuerkennen und sie entsprechend anzuwenden. Eine Sache sind die Rechtsnormen, eine andere deren

gebührende Implementierungen. Das Letztere – und das sehen wir zurzeit – ist sehr kritisch und besorgniserregend, denn einige Mächte wollen nach wie vor aus geopolitischen Gründen andere Länder einnehmen.

Die Ziele, die sie haben, sind wie immer, sich insbesondere der Naturressourcen in den Staaten mit indigener Bevölkerung zu bemächtigen. Wir können klar sehen, was in Libyen passiert ist. Der Vorwand für die Intervention war Demokratie und Kampf gegen die Diktatur. Was ist aber danach?

Ein weiteres Beispiel ist der Irak. Sie haben die ganze Welt davon überzeugt, dass es dort Massenvernichtungswaffen gegeben hat. Und wo sind nun die Massenvernichtungswaffen? Zurzeit sind es chemische Kampfstoffe und chemische Waffen in Syrien. Syrien ist aber ein strategischer Ort für die Kontrolle über den Mittleren Osten. Ich bin mir sicher, dass rund um Syrien 30 % aller Kohlenwasserstoffe lagern, und wir kommen schon wieder auf die Geschichte der Menschheit zurück. Während es in der Vergangenheit um die imperialistische Aufteilung der Welt unter den Monarchien gegangen ist, geht es nun um die imperialistische Invasion mit Militärstützpunkten und U-Booten, um die Naturressourcen zu kontrollieren. Freihandel und Globalisierung ist für den Kapitalismus keine Lösung mehr. Heute ist es die militärische Intervention. Daher bestätigt sich erneut das, was ich in den Vereinten Nationen gesagt habe: Wer das kapitalistische System unterstützt, unterstützt den Krieg; wer den Krieg unterstützt, unterstützt die Kultur des Tötens. Dabei gehören wir als indigene Völker der Kultur des Friedens, des Gemeinschaftslebens auf dem Lande an, wo es keinen privaten sondern nur den kollektiven Besitz gibt. Dort lebt man in Solidarität, in Komplementarität und vor allem in Harmonie mit der Mutter Erde. Das sind unsere Lebensgrundsätze.

Diese Lebensform wird jedoch von dem Imperialismus als kommunistisch angeprangert. Das ist uns aber egal. Wir sind eine Gemeinschaft. Daher betreiben wir die Politik des Gemeindesozialismus, indem wir für die Gleichheit kämpfen. Oder eine gewisse Gleichheit, denn eine totale Gleichheit gibt es nicht.

Heute ist die Menschheit bedroht und es ist die Aufgabe der Völker, dem etwas entgegen zu setzen. Leider haben die Vereinigten Staaten schon, ich weiß nicht mehr wie viele, siebzig oder achtzig Interventionen und Staatsstrieche vollzogen. Die Völker der Welt sollten darüber nachdenken.

Wenn einen in der Tat Demokratie interessiert, nutzt er demokratische Mittel und Menschenrechte. Wenn Demokratie nicht im Interesse der USA ist, existieren dann für sie weder Demokratie noch Menschenrechte. Sie stellen antiimperialistische Regierungen in Frage und werden darin unterstützt. Gleichzeitig gehören zu den Verbündeten der USA sogar Monarchien und Oligarchien. Deswegen ist das ein harter Krieg um das Leben um die Erdkugel, und wir hoffen, dass das ständige Forum der indigenen Völker den Völkern weltweit eine gewisse Kraft und eine gewisse Hoffnung gibt.

RT: Inwieweit können die Vereinten Nationen diesen kriegerischen Weg beeinflussen, den die Welt einschlägt? Zurzeit ist Bolivien nämlich im UN-Sicherheitsrat. Vor kurzem haben Sie über ihren Botschafter das Bombardement der Vereinigten Staaten auf Syrien sehr scharf kritisiert. Trotzdem handeln die Vereinigten Staaten weiterhin im Alleingang, indem sie sogar die Grundsätze des Völkerrechts verletzen. Inwieweit können die Vereinten Nationen vor diesem Hintergrund effizient sein? Und was fehlt, damit sie einen realen Einfluss auf diesen Handlungsstil ausüben, der der Menschheit schadet?

E. Morales: Im 21. Jahrhundert kann kein einziges Land und keine Person Herr der Welt sein. Leider betreiben sie die Politik des Rassismus und Faschismus, indem sie glauben, dass irgendwer die Welt sowieso dominieren muss. Sie irren sich aber: Herr der Welt können nur die Völker und die organisierten sozialen Kräfte in der ganzen Welt sein. Man kann doch nicht die Welt, den Planeten privatisieren. Deswegen ist die einzige Lösung, dass wir uns –

insbesondere die Länder Lateinamerikas, der Karibik und Afrikas – vereinigen, um dieser Art Politik der USA die Stirn zu bieten. Denn sie respektieren, wie Sie gesagt haben, nicht einmal die Prinzipien der Vereinten Nationen, indem sie im Alleingang handeln.

Das ist eine absolut falsche Mentalität, die gegen die Menschheit und gegen das Leben selbst gerichtet ist. Stellen Sie sich einen Krieg mit Atombomben, einen Atomkrieg vor! Er wird nämlich nicht ausschließlich die Staaten berühren, die einander bombardieren, sondern er wird die ganze Menschheit betreffen und die Erdkugel zerstören. Ich bin kein Experte, aber vor dem Hintergrund der kritischen Situation, in der wir zurzeit leben, muss ich auf Expertenkommentare, Analysten hören. Wir sind uns ziemlich darüber im Klaren, dass es für den Planeten als Ganzes schlimm ist, wenn ein Staat einseitig gegen einen anderen Staat vorgeht, um sich – ich möchte das noch einmal unterstreichen – die Kontrolle über dessen Naturressourcen zurückzugewinnen.

RT: Sie oder jemand, der für ihr Twitter-Profil zuständig ist, haben in einem Tweet eben vor der großen Gefahr eines Atomwaffeneinsatzes gewarnt. Offensichtlich machen wir momentan eine Situation durch, die von Tag zu Tag immer besorgniserregender wird. Einerseits die Vereinigten Staaten mit Präsident Trump, andererseits Nordkorea. Und es gibt Bedrohungen, die auf einen äußerst kritischen Punkt zu eskalieren scheinen, wie Sie gesagt haben. Welche Stellung bezieht Bolivien in den höchst angespannten Beziehungen zwischen den USA und Nordkorea, und was hält Ihr Land von den schon offenen Drohungen, Atomwaffen einzusetzen?

E. Morales: 1969 haben die Länder Lateinamerikas und der Karibik durchgesetzt, dass dieser Kontinent über keine Atomwaffen verfügen darf. Und es tut gut, dass es ein friedlicher Kontinent ist. Ich begrüße die Leistung unserer Ex-Präsidenten und der früheren Regierungen, die es ermöglicht haben, auf jegliches Wettrüsten und insbesondere auf den Einsatz von Atomwaffen zu verzichten.

Zweitens ist der Standpunkt Boliviens sehr klar durch unsere neue Verfassung definiert. Dank dem Prozess der Revolution und der Befreiung meines Volkes sind wir ein pazifistisches Land und alle Widersprüche haben sich bisher mit Hilfe von verschiedenen friedlichen Mechanismen gelöst. Das kann ein innerer Dialog, ein politischer Dialog oder eine Vermittlung sein. Das können auch internationale Gerichtshöfe wie der in Den Haag sein. Wir kümmern uns um das Leben und um unseren Planeten. Wenn man aber die Interessen kleiner Gruppen verfolgt, wird es kein Einvernehmen geben. Unsere Behörden, Botschafter, Auslandsvertreter und unsere Delegierten in den internationalen Organisationen verfechten diesen Standpunkt. Das Leben ist über allerlei ideologischen, politischen, parteilichen, programmatischen, sozialen und kulturellen Differenzen. Das Leben derjenigen, die den Planeten Erde bewohnen.

Wir erleben schon jetzt Effekte der globalen Erderwärmung und jetzt kommen noch Atombomben und Atomkriege hinzu. Ich begreife einfach nicht, wie einige Amtsträger, wie der US-Präsident, eine solch egoistische und ehrgeizige Mentalität haben können. Ich kann das einfach nicht begreifen. Jede Behörde sollte mehr an die Menschen denken. Jede Behörde sollte die Menschenwürde, die Gleichheit der Völker achten – denn einige Geistliche sprechen von dem Weltuntergang. Und der Weltuntergang kann in den Händen einiger Mächte liegen, die Atomwaffen nutzen können. Das ist besorgniserregend. Ich rufe auch alle Medien dazu auf, dass sie mehr darüber informieren, welche Effekte Atomwaffeneinsätze oder Atomkriege haben.

RT: Herr Präsident, wollen wir jetzt ein bisschen über Lateinamerika sprechen. Abgesehen davon, dass es eine Region des Friedens ist, kommt es auch dort heutzutage zu vielen politischen Turbulenzen. Das ist der Fall von Venezuela. Venezuela macht eine schwierige

wirtschaftliche und politische Situation durch. In den vergangenen Tagen hat es viele Antiregierungsproteste aber auch einige Demonstrationen zur Unterstützung der Regierung von Nicolás Maduro gegeben. Während der Jahre, als noch Hugo Chávez Präsident in Venezuela war, scheint sich ein internationaler Chor (Korps?) herausgebildet zu haben, der einen Regimewechsel im Land fordert. Offensichtlich hat Bolivien all diese Zeit ein sehr enges Verhältnis mit dem bolivarianischen Venezuela aufrechterhalten.

Wie steht es darum jetzt? Wie schätzt Bolivien die Krise in Venezuela ein? Wo bleibt die bolivarianische Allianz für die Völker unseres Amerikas als Hauptstimme der progressiven Länder der Region in dem Augenblick, wenn die Organisation amerikanischer Staaten eine solch aggressive Haltung gegenüber Venezuela eingenommen hat?

E. Morales: Schauen Sie mal: Erstens ist die konstituierende Satzung der Union südamerikanischer Nationen eine sehr wichtige demokratische Klausel, die die vom Volk gewählten Regierungen und Präsidenten respektieren lässt – unabhängig davon, ob sie rechts oder links sind. Ich bedaure sehr, was gerade in Venezuela passiert. Das ist ein Staatsstreich, den die venezolanische Rechte vorantreibt. Und ich bedaure sehr, dass die Organisation amerikanischer Staaten ihre Putschtraditionen nicht aufgeben kann, indem sie das beste Instrument des nordamerikanischen Imperiums ist.

Es besteht die Gefahr einer Invasion, es besteht heute die Gefahr einer Intervention. Bolivien lehnt jeden Staatsstreich entschieden ab. In jedem Land kann es zu einem sozialen Problem kommen. Als jedes Land können wir wirtschaftliche Probleme bekommen. Wenn wir aber von dem wirtschaftlichen Bereich in Süd- und Lateinamerika sprechen, müssen wir diesen Ausblick zu einem besseren Handelsaustausch nutzen, um der Krise des kapitalistischen Systems die Stirn zu bieten, die von dem nordamerikanischen und anderen Imperien der Vergangenheit herrührt. Aber die Vereinigten Staaten schneiden uns als UNASUR-Mitglieder von der Pazifik-Allianz ab, damit die ALBA nicht wächst.

Der Staatsstreich in Honduras war eine Art Einschüchterung oder Exempel für jene Länder, die der ALBA beitreten. Das ist nun die Politik, die die US-Regierungen betreiben. In Wirklichkeit habe ich ein großes Vertrauen in soziale Bewegungen. Es wird auch weiterhin Mitstreiter, Arbeiter, Ureinwohner, berufliche Landwirte, vielleicht auch Menschen, die aus Berufsgründen agieren und Anti-Imperialisten geben. Das ist eine äußerst starke und harte Schicht. Es sind wohl mehr oder weniger 30, 40, 50 Prozent, die den Kampf für ihre Einheit und Souveränität fortsetzen werden. Das ist der Widerstand des venezolanischen Volkes – mein Respekt, meine Bewunderung angesichts der Offensive des Imperiums, angesichts der Aggression von Luis Almagro und einiger anderer OAS-Staaten.

Was wir tun müssen? Wir brauchen mehr Einheit, mehr politische und wirtschaftliche Souveränität, mehr ideologische Klarheit. Wir dürfen niemals die Möglichkeit einer Intervention aus den Augen verlieren. Sie richtet sich nicht gegen Maduro, sie richtet sich nicht gegen das venezolanische Volk, das passiert wegen des venezolanischen Erdöls.

RT: Ja, genau.

E. Morales: Die Geschichte wiederholt sich erneut.

RT: Warum muss man dann in der OAS bleiben oder sie als ein für die Region nützliches Forum behandeln, wenn sie in Wirklichkeit den Interessen der Vereinigten Staaten zu dienen scheint?

E. Morales: Die OAS ist es immer gewesen. Eben daher hat Fidel, dieser große Revolutionär, der uns wegen seiner Gesundheit und seines Alters leider verlassen hat, einst gesagt, dass die OAS das „Kolonial-Ministerium“ sei. Und es ist unmöglich, dass sich diese Mentalität nicht ändert. Es ist unbegreiflich, dass ein Latino, ein Südamerikaner, das beste Instrument des Imperiums ist.

Ich kann nicht begreifen, wie ein Südamerikaner, wie Luis Almagro, diese

interventionalistische Mentalität haben kann. Ich kann das nicht nachvollziehen, ich verstehe das nicht. Mag sein, dass wir tiefe ideologische Differenzen haben, aber es geht hier vor allem um unsere Souveränität, unsere Würde, unsere Selbstbestimmung. Wir in Bolivien haben schon gewisse Erfahrungen nach unserer Befreiung gemacht. Und nun sind wir in einer anderen Situation als im Jahr 2005 und 2006, als ich erst die Landesführung übernommen habe. Der damalige Kolonialstaat hat sich zu einem Vielvölkerstaat entwickelt, früher war das ein unterwürfiges Land, nun ist es ein befreites Land. Das einst vom Imperium getrennte Volk ist nun im Kampf gegen das Imperium vereint.

RT: In Boliviens Nachbarland Ecuador haben vor kurzem, also vor einiger Zeit, die Präsidentschaftswahlen stattgefunden. Zum neuen Präsidenten wurde Lenin Moreno gewählt. Somit scheidet Ihr guter Freund, Rafael Correa, nach einem Jahrzehnt als Führer der sogenannten staatsbürgerlichen Revolution aus dem Amt. Wie schätzen Sie das Ende der Legislaturperiode von Correa ein? Wird sich das auf die ALBA, die lateinamerikanische Integration auswirken? Denn er hat ja auch eine Schlüsselrolle bei der südamerikanischen Integration gespielt.

E. Morales: Ich spüre, dass diese Schwächung der antiimperialistischen Regierungen, einschließlich der ALBA, vorübergehend sein wird. Wir haben zwar Brasilien verloren, wir haben zwar Argentinien verloren, aber nun begreifen die Völker Argentiniens, Brasiliens und die Völker Lateinamerikas wie es sich anfühlt, wenn die Rechten wieder an die Macht kommt. Schon heute lassen sich die von der Rechten herbeigeführten Folgen wahrnehmen. Daher habe ich die Hoffnung, dass wir in den kommenden acht Monaten einige Länder zurückgewinnen werden.

Das wird wohl die schwierigste Etappe für die Regierungen der antiimperialistischen Präsidenten sein. Aber ich verliere nicht die Hoffnung, dass diese politischen, antiimperialistischen Bewegungen zusammen mit den Völkern und den sozialen Bewegungen wieder an Stärke gewinnen werden.

RT: Und in Bolivien? Ihre Wiederwahl?

E. Morales: Bisher sind wir an der Macht. Zum Glück ist Bolivien bereit. Die Tatsachen, die in Brasilien und Argentinien passieren, erlauben es uns, uns richtig zu orientieren. Es ist wenig wahrscheinlich, dass die Rechten in Bolivien an die Macht zurückkommt.

RT: Schauen Sie optimistisch in die Zukunft Boliviens, bleibt der von Ihnen in diesen Jahren errungene Wandel bestehen?

E. Morales: Ja, wir sind sehr optimistisch gestimmt. Einige internationale Organisationen prognostizieren zum Glück, dass Boliviens Wirtschaft im Jahr 2017 wachsen wird. Vor zwei Jahren ist sie um rund 5 % gewachsen. Im vorigen Jahr waren es etwa mehr als 4 %. In diesem Jahr bewegen wir uns wieder in Richtung von 4 %.

Dass wir den Reichtum unter unseren Völkern umverteilen ist unsere große Stärke. In politischer Hinsicht bedeutet sie die Umstrukturierung Boliviens, in wirtschaftlicher Hinsicht, die Wiedergewinnung von Naturressourcen. Wir sind in der Anfangsetappe der Industrialisierung und betreiben im sozialen Bereich eine Umverteilung mittels sozialer Instrumente.

RT: Herr Präsident, vor einiger Zeit sind Sie in Kuba ärztlich behandelt worden. Ich sehe Sie in guter Form. Sie sehen kräftig und gesund aus. Was macht Ihre Gesundheit?

E. Morales: Es geht mir sehr gut. Dank den kubanischen und bolivianischen Freunden lege ich wieder viele Kilometer zurück, um weiterzuarbeiten.

RT: Können Sie weiterhin Fußball spielen?

E. Morales: Ja, wir schießen wieder Tore. Sport fasziniert mich. Ich möchte auch durch ihren Sender allen sagen, dass Sport die beste Unterhaltung für jeden Menschen in jedem Alter ist.

RT: Herr Präsident, ich sehe gerade, dass Ihre Delegation schon auf Sie wartet. Daher vielen Dank, dass Sie heute mit uns waren.

E. Morales: Vielen Dank Ihnen. Wir sind immer bereit, über nationale oder internationale Themen zu sprechen und sie zu kommentieren.

RT: Das war ein Interview mit Boliviens Präsident Evo Morales. Vielen Dank, dass Sie dabei waren. Sie können mir auf Twitter unter [@evagolinger](https://twitter.com/evagolinger) und im Internet auf [rt.com](http://rt.com) folgen. Bis bald!

von dd.

---

#### Quellen:

[https://de.wikipedia.org/wiki/Evo\\_Morales](https://de.wikipedia.org/wiki/Evo_Morales)  
[https://de.wikipedia.org/wiki/Organisation\\_Amerikanischer\\_Staaten](https://de.wikipedia.org/wiki/Organisation_Amerikanischer_Staaten)  
[https://de.wikipedia.org/wiki/Bolivarianische\\_Allianz\\_f%C3%BCr\\_Amerika](https://de.wikipedia.org/wiki/Bolivarianische_Allianz_f%C3%BCr_Amerika)  
[https://de.wikipedia.org/wiki/Sim%C3%B3n\\_Bol%C3%ADvar](https://de.wikipedia.org/wiki/Sim%C3%B3n_Bol%C3%ADvar)  
[https://de.wikipedia.org/wiki/Evo\\_Morales#Wahlen\\_2002](https://de.wikipedia.org/wiki/Evo_Morales#Wahlen_2002)  
<https://deutsch.rt.com/inland/35472-evo-morales-in-berlin-erst/>  
<https://deutsch.rt.com/amerika/49822-bolivien-prasident-morales-im-rt-interview-usa-staatsstreich/>  
<https://www.youtube.com/watch?v=htb8DQkj2Eo>

---

#### Das könnte Sie auch interessieren:

#USA - [www.kla.tv/USA](http://www.kla.tv/USA)

#Venezuela - [www.kla.tv/Venezuela](http://www.kla.tv/Venezuela)

#Atomkrieg - [www.kla.tv/Atomkrieg](http://www.kla.tv/Atomkrieg)

#Bolivien - [www.kla.tv/Bolivien](http://www.kla.tv/Bolivien)

#EvoMorales - [www.kla.tv/EvoMorales](http://www.kla.tv/EvoMorales)

#Medienkommentar - [www.kla.tv/Medienkommentare](http://www.kla.tv/Medienkommentare)

#Interviews - [www.kla.tv/Interviews](http://www.kla.tv/Interviews)

---

## Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...



- was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- tägliche News ab 19:45 Uhr auf [www.kla.tv](http://www.kla.tv)

Dranbleiben lohnt sich!

Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter: [www.kla.tv/abo](http://www.kla.tv/abo)

---

### Sicherheitshinweis:

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

**Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!**

Klicken Sie hier: [www.kla.tv/vernetzung](http://www.kla.tv/vernetzung)

---

Lizenz:  *Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.